

## Wes' Brot ich ess ...

Während in den Ländern Südeuropas die arbeitenden und nicht mehr arbeitenden Menschen unter dem Spardiktat der EU ächzen, werden in unserem Land die Weichen zur Bundestagswahl 2013 gestellt und die Gallionsfiguren bestimmt. Merkel hat's für ihr Klientel „gut“ gemacht und soll noch mal. Philippchen hat sich einen 10 Euro Bonus erobert und schielt auf die 5%. Die Grünen öffnen sich nach ihrer Spitzenkandidatenshow lautstark dementierend zur CDU und sinnieren schon mal über geänderte Bedingungen für die Teilnahme an Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Sportlich sind sie auch und trainieren den Spagat von links (Trittin) über die Mitte (Kretschmann) nach rechts (Göhring-Eckardt) – nun ja. Offiziell wird noch Rot-Grün propagiert - aber Kretschmann hat es schon auf den Punkt gebracht: „Letztlich wird der Wähler entscheiden und dann muss man schauen, was da geht.“ Und die SPD? Ja spinnen die denn??? Steinbrück!!! Der für Rot Grün??? Für gegen Die

Linke – da ist sich das Finanzkapital sicher. Steinbrück als Winner? Wohl kaum für diejenigen, die wir die Arbeiterklasse nennen. Nur zur Erinnerung: 2005 geht die SPD mit dem Versprechen in den Wahlkampf, die Mehrwertsteuer nicht zu erhöhen. Merkel will 2% Erhöhung. In der großen Koalition einigt man/frau sich auf ...3%. Wer war der Finanzminister? Na



wer wohl ...Peer Steinbrück!. Wer hat die Deregulierung der Finanz-

märkte beworben und auf den Weg gebracht? Na wer wohl! Wer steht felsenfest zur Agenda 2010? Na wer wohl! Steinbrück ist mitverantwortlich für die West-LB-Verluste, bekannt sind seine Stellungnahmen gegen aktive Konjunkturpolitik bei gleichzeitiger Unterstützung der von Schröder/Eichel eingeführten Steuerbefreiung großer Finanzgruppen beim Verkauf von Unternehmen. Wen verwundert angesichts dessen jetzt seine diskutierte Vortragsmanie? Auch nichts Neues! Erinnert sei an Wolfgang Clement: Sein Engagement für die Legalisierung der Leiharbeit wurde anschließend ebenfalls mit maßlos überbezahlten Vorträgen vergoldet. Die Vortragsmillionen sind die Vorfinanzierung aber nicht für Rot/Grün – sozial und gerecht. Rot/Grün sozial und gerecht ist die aktuelle Show mit der allenfalls Wähler von der Partei Die Linke abgezogen werden sollen. Die SPD will keinen wirklichen Wechsel. Wer Steinbrück nominiert für den gilt: **... des Lied ich sing.**

## Demnächst Kindersoldaten?



Da sich aufgrund der immer mehr ausufernden Kriegseinsätze immer weniger Freiwillige zum Bund melden, wirbt die Bundeswehr aggressiver und hemmungsloser bei immer Jüngeren. Keine Schule, keine Berufsmesse und auch nicht die BRAVO sind vor den Barraswerbern sicher. Die Forderung der Friedensbewegung ist deshalb eindeutig:

## Kein Werben fürs Sterben!

### Glosse: Wahlen in Ami-Land Nix Obama!! Viva Hugo Chavez!!

„Begeisterungstürme für die Rivalen von Chavez; ... Chavez droht Niederlage; ...Massendemo gegen Chavez; ... es könnte eng werden für Chavez...“

Die bundesdeutsche Medienmafia trommelte fast unisono gegen den, dessen Ziel der „demokratische und boliviarische Sozialismus“ ist - und machte eine grandiose Bauchlandung.

Das Handelsblatt vom 8.11.2012: „Hugo Chavez hat die Wahl in Venezuela deutlich vor seinem Herausforderer gewonnen.“

Bei einer Rekordwahlbeteiligung von 80,7% lag Chavez mit 55,1% gut 10% vor seinem bürgerlichen Herausforderer.

Für die ARD war auch gleich klar warum. Wehleidig jammerte der Kommentator: „wenn Chavez auch die Gewinne der Ölförderung für soziale Zwecke einsetzt!“ Kommentar hierzu: ... wohl überflüssig.



# Ungeschminkt Links

Zeitung der DKP  
für Hanau und Umgebung

Nr. 12

Ausgabe 4 / 2012

## Soziales Hanau – Nein Danke!

Der krasse Mangel an bezahlbarem Wohnraum, der sich bundesweit zu einem immer drängenderen Problem entwickelt, ist auch in Hanau zu spüren.

Ein Drittel der Haushalte, also etwa 30.000 Hanauer, hätten aufgrund ihres geringen Einkommens ein

doch das hält die Verantwortlichen von Stadt und Baugesellschaft nicht davon ab, Fakten zu schaffen. Dabei bräuchte eine Sanierung und anschließende Vermietung der Wohnungen nicht nur denen Entlastung, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind.



Auf dem „freien“ Wohnungsmarkt können sich diese Menschen nicht versorgen, denn Hanau ist mit einer durchschnittlichen Kaltmiete von 7,10 € pro Quadratmeter ein teures Pflaster.

Recht auf eine öffentlich geförderte Wohnung. Die Warteliste bei der Baugesellschaft umfasst etwa 1000 Wohnungssuchende. Doch anstatt neue, bezahlbare Wohnungen zu bauen, haben sich die in Hanau regierenden Parteien SPD, FDP, Bündnis 90/ Die Grünen und BfH für Abriss und damit weitere Verknappung des Wohnraums, entschieden.

In der Französischen Allee fallen derzeit 176 Wohnungen der Abrissbirne zum Opfer.

Eine Richterin des Amtsgerichts Hanau zweifelt zwar die Rechtmäßigkeit der Kündigungsgründe, nämlich die von der Baugesellschaft behauptete Nichtsanierbarkeit an,

Die Baugesellschaft hätte durch die weitere Vermietung der Wohnungen stabile Einnahmen zu verzeichnen.

### Steuergeld wird verschleudert

Jens Gottwald, Geschäftsführer der Baugesellschaft, scheint sich weder für Menschen, die günstige Wohnungen benötigen, noch für die wirtschaftliche Zukunft der Baugesellschaft zu interessieren. Er überließ Profi-Sportlern der TG Hanau Wohnungen kostenlos. Noch nicht einmal die Nebenkosten mussten sie bestreiten. Den Aufsichtsrat der Baugesellschaft hinterging er dabei, weil er offenbar im Alleingang handelte. Während Kassiererinnen in Supermärkten für das unbefugte

Einlösen von Leergutbons ihren Arbeitsplatz verlieren, kam Gottwald mit der Beteuerung davon, künftig nicht mehr derart eigenmächtig zu handeln. Als Geschäftsführer einer kommunalen Wohnungsgesellschaft ist Gottwald eigentlich untragbar geworden.

Doch in Hanau passt er prima in die führende Clique, die städtischen Grund und Boden in den Bilanzen der „Holding Hanau“ schamlos überbewertet, um sie dann für ein Taschengeld Spekulanten in den Rachen zu werfen, die sich mit hochpreisigen Eigentumswohnungen und überflüssigen Einkaufszentren die Konten füllen (siehe Kasten).

Hanau ist von den regierenden Politikern auf den Wühltisch geworfen worden – alles muss raus!

Schulden von einer Milliarde Euro, fehlender Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen, die Einrichtung eines vierten Stadtratspostens und die Hochstufung eines Stadtrates zum Bürgermeister; wer angesichts dieser Vorgänge nicht begreift, dass die Hanauer Führungsrige den Begriff „sozial“ aus ihrem Wortschatz gestrichen hat, ist mit Blindheit geschlagen.

### Verlustgeschäft Westkarree

Bodenrichtwert	2.588.000
Verkaufserlös	1.800.000
Auszugshilfe für Mieter	290.000
Kosten Abriss	700.000
Ausgleichszahlung an Baugesellschaft	795.000
Kosten Behelfsparkplatz	150.000
Für die Stadtkasse bleiben	<b>-135.000</b>

# Wohnen und Mieten

1. Grund- und Boden sind, im Gegensatz zu anderen Gütern, nicht vermehrbar.  
2. Das Recht auf menschenwürdige Unterbringung ist UN-Menschenrecht.

Das sind eigentlich Gründe genug, das Thema nicht Wohnungsbaukonzernen zu überlassen, die nur den größtmöglichen Profit als einziges Geschäftsziel kennen. Überall in den Ballungsgebieten und damit auch bei uns im Rhein-Main-Gebiet wird das Problem von viel zu wenig günstigem Wohnraum immer gravierender. Und was passiert?

**Wo sind bezahlbare Wohnungen?**  
Hanau reißt preisgünstigen Wohnraum ab. In Maintal will der Magistrat Mietshäuser verscherbeln. In anderen Gegenden sieht es nicht besser aus.  
Und was macht die „große“ Politik. In Hessen wollen CDU und FDP Eigentum fördern, also nichts tun für die Mieter. Die „Opposition“ aus SPD und Grünen, aber leider auch der DGB und Teile von Die

Linke sieht in der schon einmal dagewesenen Fehlbelegungsabgabe eine Lösungsmöglichkeit. Wenn diese wirklich etwas gebracht hätte, außer Mieterhöhungen für viele Menschen, dann müsste ja



jetzt das Problem zumindest abgemildert sein. Aber das Gegenteil ist der Fall. Das Einzige, was wirklich hilft, sind Mietobergrenzen. Heute müssen manche Haushalte bis zu 40% ihres Einkommens und manche Rentnerhaushalte über 50% für Miete und Nebenkosten aufbringen. Und so etwas schimpft sich Sozialstaat. Angemessen wären 10% des Einkommens für die Kaltmiete. Das

macht mit Umlagen immer noch ungefähr ein Fünftel der Einkommen für die Wohnung aus. Da zigtausende Wohnungen in den letzten Jahren aus der Sozialbindung gefallen sind, haben sich ja schöne Gewinne angesammelt.

### Menschenrecht Wohnen

Um noch einmal auf die Menschenrechte zurückzukommen. In Sonntagsreden wird immer schön davon erzählt, dass diese nicht verhandelbar seien. Wenn das keine Begründung ist, die großen Wohnungsspekulanten zu enteignen, so wie es auch hessische Verfassung und Grundgesetz ermöglichen würden. Und das noch mit einer wirklichen Mitbestimmung verbunden; so könnte man das Wohnungsproblem wirkungsvoll angehen.

### Selbst aktiv werden

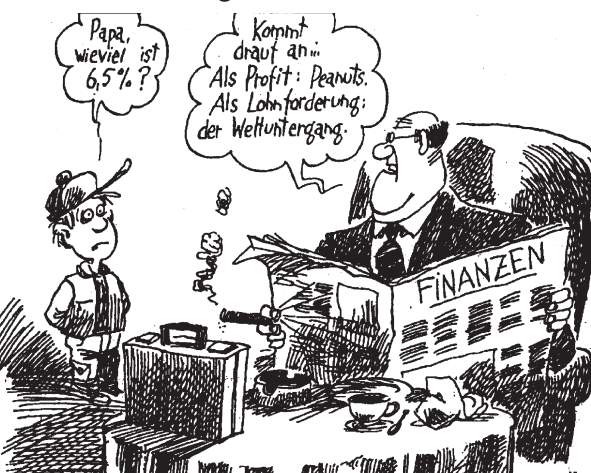
Aber auf „unsere“ Politiker sollten wir uns da lieber nicht verlassen. Die eigene Kraft von uns Betroffenen ist da schon die bessere Variante. Der erfolgreiche Kampf gegen den Verkauf der Nassauischen Heimstätte hat auch das gelehrt.

# Nun auch Heraeus

Heraeus galt und gilt als Musterbetrieb in Hanau, auch was die „lieben Mitarbeiter“ betrifft. Solange der Gewinn sprudelte und Dr. Jürgen sein Privatvermögen von mehreren Milliarden Euro kontinuierlich vermehrte, ließ sich die Geschichte auch aufrecht erhalten. Doch kommt etwas Sand ins Getriebe, so ist das schnell vergessen, so wie in anderen Konzernen auch. Denn im Kapitalismus steht nicht der Mensch im Mittelpunkt, sondern der Profit.

**Leiharbeiter entlassen**  
Das bekamen jetzt auch die Leiharbeiter bei Heraeus Quarzglas in Hanau und Kleinostheim am eigenen Leib zu spüren.

Während sie in Zeiten dicker Auftragsbücher den Profit vermehren durften, werden sie bei einer Auftragsflaute sofort auf die Straße gesetzt.



Überhaupt zur Frage Leiharbeiter: Sie werden nicht nur wesentlich schlechter bezahlt als so genannte

Festangestellte. Die betroffenen Menschen zählen nicht etwa zu den „Personalkosten“ eines Betriebs. Leiharbeiter(innen) werden als „Sachkosten“ geführt. Während der Sklaverei nannte man das ehrlicher „sprechende Werkzeuge“.

### Höchstprofit bitte

Aber normaler Profit reicht selbst bei Heraeus nicht mehr aus, es muss schon der Höchstprofit sein. Teile der Produktion werden jetzt nach Rumänien ausgelagert. Noch betrifft es Hanau „nur“ am Rande. Aber ist erst einmal der Anfang gemacht, und hat man dabei richtig Blut geleckt, dann ...

# Sozialpartnerschaft geht das?!

Im Betriebsverfassungsgesetz steht im § 2 folgender Text. „Arbeitgeber und Betriebsrat arbeiten ... vertrauensvoll und im Zusammenwirken mit den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebs zusammen.“ Für viele Betriebsräte ist dies eine Selbstverständlichkeit, denn an beidem sind sie interessiert. An dem Wohl der Arbeitnehmer und dem Wohl des Betriebes.

### Betriebsräte als Co-Manager?

In den Veröffentlichungen über Betriebsräte in Presse und Funk wird deutlich, das es manchmal schwierig ist zu unterscheiden, wer Betriebsrat und wer Unternehmer ist.



In einem Artikel des Handelsblatts vom 05.10.2012 wird der Betriebsratsvorsitzende von VW Bernd Osterloh wie folgt zitiert. Zur Entwicklung der Nachfrage sagt er: „Die Probleme in Europa treffen uns besonders beim Passat, der gerade bei Geschäftskunden gefragt ist.“ Zur Frage der Lagerbestände sagt er „Teilweise liegen die Bestände 20 Prozent unter der idealen Größe.“ Kein Wort über die weltweiten Überkapazitäten im Automobilbau. Beim Lesen des Artikels hast du das Gefühl, hier spricht ein Mitglied der Geschäftsleitung und nicht der Vertreter der Beschäftigten. Der Betriebsrat Lothar Adler von Siemens steht vor dem Problem, dass Siemens binnen zwei Jahren sechs Milliarden Euro einsparen will. Natürlich auch durch Belegschaftsabbau. Über die Größe des

Stellenabbaus habe man der Firma abgerungen keine Zahlen zu nennen. „Sonst wäre hier die Hölle los“, so ein hochrangiger Betriebsrat. Beide versuchen durch ihr Handeln das „Schlimmste“ zu verhindern, eben die „Hölle“ zu vermeiden. Was aber sind die Gründe für ihre Reaktion? Bei dem Kollegen Osterloh besteht die Befürchtung, dass sich die Konkurrenzsituation in Europa verschärft und damit Kapazitätsanpassungen wie Produktionsunterbrechungen, Kurzarbeit, Belegschaftsabbau entstehen könnte. Bei dem Kollegen Adler von Siemens hat der Vorstand beschlossen ein drastisches Sparprogramm durchzu-

setzen weil der Jahresüberschuss auf 4,6 Milliarden eingebrochen ist. Das ist immer noch der zweithöchste Wert der Firmengeschichte. Wie aber kann gegen diese beiden Ursachen, die Verschärfung der Konkurrenzsituation durch immer größere Produktionsmengen und Schaffung von Überkapazitäten und den immer größeren Druck auf höheren Gewinn sozialpartnerschaftliches Verhalten helfen?

### Im Kapitalismus nicht lösbar

Ist es nicht so, dass dadurch nur Ruhe „erzeugt“ wird, dass durch sozialpartnerschaftliches Verhalten den Kolleginnen und Kollegen vorgegaukelt wird die Probleme seien innerhalb der Firma, bzw. innerhalb unserer wirtschaftlichen Logik zu regeln. Wäre es nicht sinnvoller wenn Betriebsräte und Gewerkschaften sich alleine als Vertreter der Interessen der abhängig Beschäftigten verstehen würden. Wenn sie klar machen würden, dass Themen wie Beschäftigungssicherheit, prekäre Arbeitsplätze, Leiharbeit, Arbeitszeit, soziale Sicherheit nur gegen die Interessen der sogenannten Unter-

nehmer durchzusetzen sind. Wäre es nicht sinnvoller wenn Betriebsräte und Gewerkschaften jeden Tag deutlich machen würden, dass eine gesellschaftliche Planung der Produktion dringend notwendig wäre? Damit nicht die nächste Überkapazitätskrise nach Beendigung der letzten schon wieder entsteht.

### Interessensgegensätze aufzeigen

Wäre es nicht sinnvoller wenn sich Betriebsräte und Gewerkschaften als Institutionen verstehen, die die Gesetzmäßigkeiten dieses Wirtschaftssystem erläutern, den Kolleginnen und Kollegen klar machen das soziale Sicherheit nicht vereinbar ist mit einer Gesellschaftsordnung in der der Profit an erster Stelle steht? Dann würden vielleicht auch die Leiharbeiter bei VW nicht erst nach mindestens 3 Jahren im Unternehmen übernommen, sondern sofort. Dann würde der Betriebsrat gegen den Stellenabbau bei Siemens aktiv vorgehen, zusammen mit den Beschäftigten „die Hölle los machen“ und nicht das Ausmaß der Bedrohungen verschweigen. Bei einem Jahresüberschuss der der zweithöchste der Firmengeschichte ist, wäre das doch überhaupt kein Problem. Ja wenn... sich das Verständnis der Sozialpartnerschaft in ein Interessensorientiertes Verständnis für die abhängig Beschäftigten wandeln würde.

**Unsere Zeit**  
Wochenzeitung der DKP  
Probexemplare:  
e-Mail: [NeueImpulse@aol.com](mailto:NeueImpulse@aol.com)  
CommPress Verlag GmbH  
Hoffnungstraße 18  
45127 Essen  
Fax: 0201-24 86 484  
[www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de)